Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 267 — Fernsprecher Nr. 1 — Laasphe, Freitag den 14. November 1930 — 55. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat dem Reichskanzler in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie gegen die Notverordnungen stimmen werde, wenn die Bestimmungen über die Schankverzehrsteuer nicht herausgezogen werden.

— Die polnische Strafkammer in Bromberg verurteilte den Führer des Deutschtums in Polen, den ehemaligen Sejm-Abgeordneten Kurt Gräbe wegen Zugehörigkeit zu einer nationalen deutschen Vereinigung zu sechs Monaten Gefängnis.

— Die englische Arbeitslosenziffer hat in der letzten Woche eine Zunahme um 25 626 erfahren, so daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen sich damit auf 2 263 127 erhöht hat. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres beträgt die Steigerung 1 011 169.

Preußischer Landtag.

Berlin, 13. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung gibt

Abg. **Borck** (DN.) zu den gestrigen Studentenunruhen in Berlin eine Erklärung ab. Wir beantragen, daß sich das Staatsministerium über die Gründe des Vorgehens der Polizei äußert, da der Eindruck erweckt wird, daß die Organe des preußischen Innenministeriums nationale Regungen in der akademischen Jugend mit Gewalt unterdrücken wollen. Der Landtag muß sich dagegen verwahren, daß ein System, das aus dem Verbrechen der Novemberrevolution entstanden ist . . . (Stürmische Unterbrechungen links, lärmende Zustimmung rechts. Präsident Bartels ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. **Heilmann** (Soz.) erklärt, daß es den Deutschnationalen nicht auf eine sachliche Klärung der Vorfälle ankomme.

Als Abg. **Borck** wieder an das Rednerpult tritt, lärmen die Linksparteien so stark, daß seine Ausführungen völlig unverständlich bleiben; die Beratung des Antrags scheitert an dem Widerspruch der Sozialdemokraten.

Gemeinde-Bier-, Getränke- und Bürgersteuer.

Auf der Regierungsbank hat Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff mit seinen Beamten Platz genommen.

Abg. Dr. **von Kries** (DN.) ersucht, daß vor der abschließenden Stellungnahme Preußens im Reichsrat der preußische Finanzminister dem Landtag erst eingehende Mitteilungen über das Finanzprogramm der Reichsregierung machen soll. Nach den neuesten Ermittlungen soll das Ergebnis der neuen Steuerquellen so mager sein, daß es sich schon aus diesem Grunde nicht lohnen würde, die Steuern zu machen.

Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** äußerte sich über das Reichsfinanzprogramm. Zur geplanten Besoldungskürzung erklärte er, daß diese in Preußen ohne verfassungsänderndes Reichsgesetz durchgeführt werden könne, da die Besoldungsordnung von 1927 die Bestimmung enthalte, daß zur Abänderung ein einfaches Gesetz genüge. Anders liege es bei dem Pensionskürzungsgesetz und dem Besoldungssperrgesetz. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß beide Gesetze verfassungsändernd seien. Der Minister richtete an die Beamtenschaft den Appell, die Gehaltskürzungsmaßnahmen verständnisvoll zu ertragen, da sich am 1. April vielleicht ergeben werde, daß die Gehälter nicht herabgesetzt, sondern dem gesunkenen Preisstand angeglichen worden seien. Die Reichsregierung habe den festen Willen, die Preissenkung weiterhin energisch zu betreiben und durchzuführen. Gegen die im Reichsfinanzprogramm vorgesehene Mitwirkung des Reiches bei der Gestaltung der Länderhaushalte habe er keine Bedenken. Die Absichten, die die Reichsregierung zur Erzielung einer sparsameren Rechtspflege verfolge, gehen auf preußische Anregung zurück. Ebenso verdiene das geplante Steuervereinheitlichungsgesetz allgemeine Billigung, weil es einheitliche Grundlagen für die gesamte Realbesteuerung bringe. Bedenken seien dagegen zu erheben hinsichtlich der Neuregelung der Wohnungswirtschaft und der Realsteuersenkung.

Nach kurzer Aussprache wurde die Steuervorlage über Gemeinde-Bier-, -Getränke- und -Bürgersteuer in namentlicher Schlußabstimmung mit 251 gegen 146 Stimmen angenommen.

Es folgte die gemeinsame Beratung der deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Anträge über die

Errichtung von pädagogischen Akademien.

Der deutschvolksparteiliche Antrag wendet sich gegen den Plan der Errichtung einer weltlichen Akademie in Berlin und wünscht, daß eine katholische Akademie in der Reichshauptstadt zustandekommt.

Abg. **Oelze** (Dnt.) erklärte bei der Begründung seiner Anträge noch, angesichts der Aussichtlosigkeit der Junglehrer sei die Errichtung neuer Akademien an sich völlig unangebracht.

Abg. **Schwarzhaupt** (DVp.) führte zur Begründung der Anträge seiner Fraktion u. a. aus, daß bei der ungeheueren Notlage die Errichtung von neuen pädagogischen Akademien unverständlich sei.

Kultusminister **Grimme** hob hervor, daß die Regierung keinen Augenblick daran gedacht habe, die Staatsbürger, die sich zum evangelischen Glauben bekennen, gegenüber anderen Gruppen zu benachteiligen. Von den 15 pädagogischen Akademien, die Preußen bisher habe, seien zwei katholisch, eine simultan und nicht weniger als 12 rein evangelisch.

Abg. **Rüffer** (Dnt.) sprach sich gegen die geplante weltliche Akademie aus.

*

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags beschloß, die Vertagung des Plenums, die am Freitag eintreten soll, bis zum 15. Dezember auszudehnen. Am 16. Dezember soll die erste Etatslesung beginnen und am 20. will der Landtag in die Weihnachtsferien gehen.

Die Anträge zur Errichtung neuer pädagogischer Akademien wurden dem Ausschusse überwiesen.

Einsturzkatastrophe in Lyon

⊙ Lyon, 13. November.

Eine beispiellose Katastrophe ist in der Nacht zum Donnerstag über Lyon hereingebrochen. Ein von den Fluten der hochgehenden Saone unterspülter Berghang ist um 1.15 Uhr auf das Stadtviertel St. André herabgestürzt und hat die Straßen mit Tausenden von Kubikmetern Erde und Schutt bedeckt, unter dem etwa zehn Familien begraben liegen. Auf die erste Nachricht von der Katastrophe eilten zwei Feuerwehrmannschaften herbei, die unverzüglich mit den Rettungs- und Aufräumungsarbeiten begannen.

In diesem Augenblick, um 2 Uhr, erfolgte ein zweiter Erdrutsch von noch größerem Ausmaße als der erste. Sämtliche Feuerwehrmannschaften und die zur Absperrung aufgebotenen Polizisten wurden verschüttet. Jede Hoffnung, die Bewohner oder die Rettungsmannschaften noch lebend aufzufinden, ist aufgegeben worden.

Ein Lyoner Stadtteil zerstört.

Der Stadtteil bietet ein furchtbares Bild der Zerstörung. Da man weitere Einstürze befürchtet, räumen Hunderte von Familien die umliegenden Straßen, indem sie ihr bißchen Hab und Gut mitführen. Der neue Ordnungsdienst, der den verschütteten ersetzt hat, leitet die Flüchtlinge zum Stadtinnern ab. Nach den letzten Nachrichten schätzt man die Zahl der Toten auf über hundert.

Die erste Liste der Opfer.

Die erste Liste der Opfer enthält die Namen eines Feuerwehrhauptmanns, eines Leutnants, dreier Sergeanten, von vier Unteroffizieren und neun Feuerwehrleuten; außerdem die Namen eines Polizeihauptmanns und von vier Polizeibeamten.

Um 5.30 Uhr wurden aus den Trümmern drei Schwerverletzte geborgen. Um 7 Uhr fand man die erste Leiche. Die Aufräumungsarbeiten werden voraussichtlich mehrere Tage dauern. Bürgermeister Herriot ist mit einer Untersuchungskommission an der Unglücksstelle eingetroffen.

Die Ursache.

Wie jetzt festgestellt wurde, handelt es sich nicht um einen, sondern um etwa fünf Einstürze, die nacheinander erfolgten, und zwar um 1 Uhr, 2 Uhr, 2.25 Uhr, 2.50 Uhr und 4 Uhr. Die Ursache dieser Einstürze, denen bereits ein großer Häuserblock zum Opfer gefallen ist, und die, wie man befürchtet, den gesamten alten Stadteil Saint Jean bedrohen, sind die Folge sich rasch hintereinander wiederholender Erdsenkungen, die zunächst die Stützmauer eines Hospitals und in der Folge die in der Nähe liegenden alten Wohnhäuser zum Einsturz brachten. Die gesamte Feuerwehr und auch verschiedene in Lyon liegende Truppenteile sind zu den Rettungsarbeiten aufgeboten worden. Die im Schlaf von dem Einsturz überraschten Bewohner suchten sich unter Benutzung von Leitern in Sicherheit zu bringen.

30 Personen, die in einem Café Zuflucht gesucht hatten, wurden von einem zweiten Erdrutsch überrascht. In der Kathedrale haben besonders Frauen und Kinder, die vor den nachstürzenden Gesteinsmassen flüchteten, Zuflucht gefunden. Sämtliche Häuser der Rue Tramassac, in der das Unglück sich ereignete, wurden polizeilich geräumt. Die eigentliche Einbruchstelle soll 50 Meter lang sein. Der bedrohte Stadtteil ist auf einer Anhöhe gelegen, welcher Umstand dem Einsturz der fast ausnahmslos altersschwachen Häuser großen Vorschub geleistet hat.

Ueber die Ursache des Unglücks ist man sich immer nicht im Klaren. Man nimmt aber an, daß die Regengüsse der letzten Zeit den Hügel gelockert und untergraben haben. Noch gestern vormittag hatte der leitende Stadtbaumeister eine Neigung der Stützmauern festgestellt, durch deren Zusammenbruch die Katastrophe hervorgerufen wurde, und die Einwohner aufgefordert, ihre Wohnungen unverzüglich zu räumen. Es scheint jedoch, daß nicht von vornherein alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, die, wenn auch nicht die Katastrophe, so doch ihren Umfang hätten verhindern können.

Steigende Totenzahlen.

Lyon ist in Trauer gehüllt. Es ist unmöglich, auch nur annähernd die Zahl der Opfer vorläufig festzustellen. Die Aufräumungsarbeiten, die wegen weiterer Einsturzgefahr größte Vorsicht erforderlich machen, sind langwierig und mühsam. Ob die Meldung, daß man mit mehr als 100 Toten rechnen müsse, sich bestätigt, muß dahingestellt bleiben. Soviel steht jedenfalls fest, daß 19 Feuerwehrleute und vier Polizisten, die nach dem ersten Einsturz die Bergungsarbeiten begannen, von dem folgenden Einsturz überrascht und unter den Trümmern begraben wurden.

Da mehr als zehn sechs- bis siebenstöckige Wohnhäuser zusammengebrochen sind, die alle zahlreiche Mieter bargen, die im Schlaf von der Katastrophe überrascht wurden, befürchtet man hinsichtlich der Zahl der Opfer das Schlimmste.

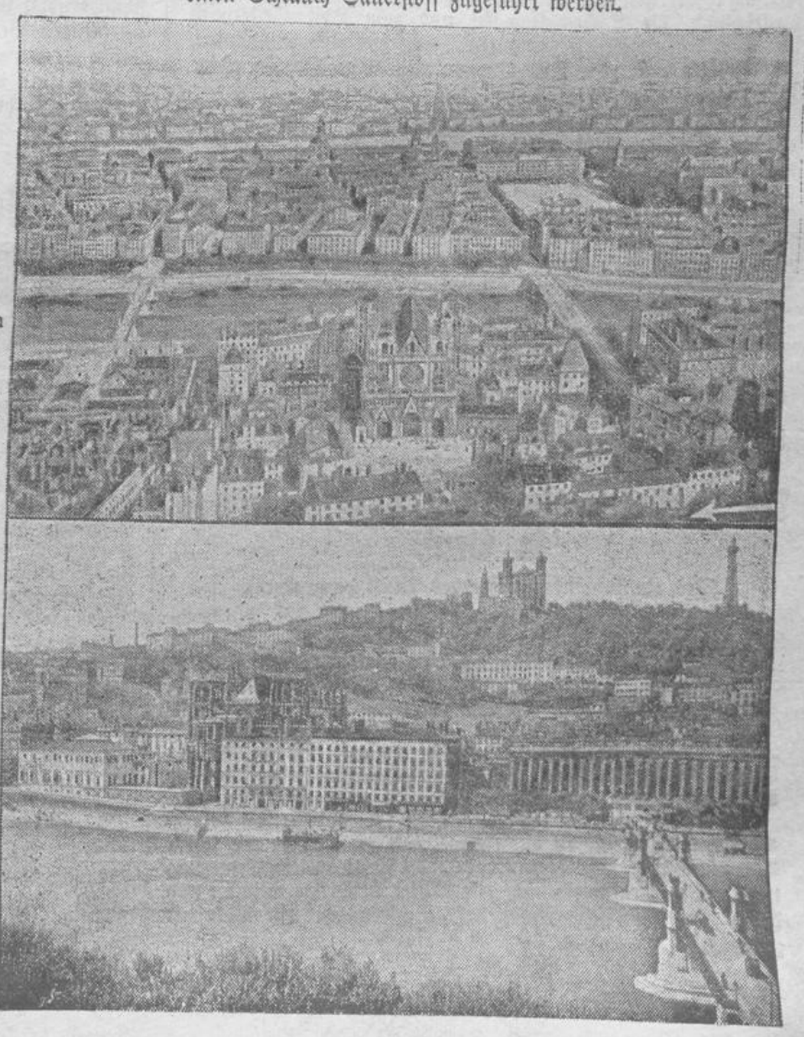
Die Kirche erhalten.

Der heimgesuchte Stadtteil liegt auf dem Hügel von Fourvière oberhalb des Kirchenviertels Saint Jean. Nur die Kathedrale, die auf einem Felsen erbaut ist, steht noch und dürfte auch erhalten bleiben. Aber alles, was um sie herum liegt, bildet nur noch einen wüsten Trümmerhaufen. Wie überraschend schnell die verschiedenen Einstürze aufeinanderfolgten, beweist auch folgendes Vorkommnis: Ein Sanitätsauto war nach dem zweiten Einsturz an die Unfallstelle herangefahren, um Verwundete zu übernehmen. Es wurde von den plötzlich niederstürzenden Gesteinsmassen überschüttet und vollkommen zerdrückt.

Die Zahl der Todesopfer in Lyon noch nicht bekannt.

Paris, 14. Nov. Die Zahl der Opfer des Erdrutsches auf den Hügeln von Fourvière in Lyon ist noch immer nicht einmal annähernd bekannt. Bisher war noch keine Leiche geborgen, da die gewaltigen Stein- und Erdmassen erst zum kleinsten Teil weggeräumt werden konnten. Einer Frau, die noch lebend unter den Trümmern eines eingestürzten Hauses liegt, konnte durch einen Schlauch Sauerstoff zugeführt werden.

Die Katastrophe von Lyon



Oben: Blick vom Saint Jean-Hügel auf den zerstörten Stadtteil an der Saone.

Der weiße Pfeil zeigt die Rue Tramassac, die jetzt einem Trümmerhaufen gleicht. In der Mitte des Bildes die wie durch ein Wunder unversehrt gebliebene Kathedrale von Saint Jean, in die sich die Ueberlebenden geflüchtet haben, und die jetzt einem Flüchtlingslager im Kriege gleicht.

Unten: Blick auf den Saint Jean-Hügel von der Saone aus. Die am Bergabhang stehenden Häuser sind fast sämtlich der Erdrutsch-Katastrophe zum Opfer gefallen, die bisher etwa 100 Tote und eine große Zahl von Verletzten gefordert hat.

Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands und einer ungeheuren Weltwirtschaftskrise, die alle Länder der Welt mit zwei, drei Ausnahmen erfaßt hat, mehren sich sowohl im Inland wie auch erfreulicherweise im Ausland die Stimmen, die eine Revision der Deutschland auferlegten Tributverpflichtungen fordern. Der stärkste Trumpf, den Deutschland in der Hand hat, ist der Hinweis auf den wirtschaftlichen Widersinn der Reparationen, die bereits in den ersten Jahren, in denen sie voll zur Auswirkung kamen, nämlich 1929 und 1930 nach der Drosselung der amerikanischen Kredite, eine Erschütterung des gesamten Gefüges der Weltwirtschaft verursachten.

Die Hauptaufgabe der deutschen Reparationsleistungen für die Weltwirtschaft wird allgemein darin erblickt, daß sie die Größe und Richtung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs, der nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt werden darf, nachhaltig beeinflussen. Jahr für Jahr müssen wir zwei Milliarden Reichsmark an unsere Gläubigerländer abführen, die ihrerseits wieder den größten Teil zur Bezahlung ihrer Kriegsschulden an Amerika verwenden. Vom deutschen Kapital wird also ständig ein großer Teil abgezogen und auf andere Länder übertragen. Die Folge ist, daß, wenn dieses Kapital nicht in gleichem Umfang ersetzt werden kann, eine Schwächung der Kaufkraft Deutschlands eintritt, die die Gläubigerstaaten in Gestalt eines verringerten Absatzes ihrer Waren in Deutschland sehr deutlich zu spüren bekommen müssen und in der letzten Zeit auch bekommen haben.

Solange die Auslandsanleihen unbeschränkt nach Deutschland hineinströmten, konnte diese Wirkung der Reparationen nicht in Erscheinung treten, da der Kaufkraftverlust ständig durch die Kapitalzufuhr mehr als ausgeglichen wurde. Die dadurch ermöglichte Scheinblüte der deutschen Wirtschaft hat die Welt über die vorhandenen Gefahren hinweggetäuscht. Im Jahre 1929 setzte plötzlich eine rigorose Unterbindung der Auslandskredite ein, und wenn auch im Jahre 1930 wieder mehr Gelder nach Deutschland hineinkamen, so geschah das doch nur in der gefährlichen Form kurzfristiger Kredite, die naturgemäß für den Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen und zur Schuldenzahlung keine Verwendung finden können...

Unter derartigen Verhältnissen ist Deutschland eine Abtragung seiner Verpflichtungen nur aus den Erträgnissen seiner Arbeit möglich. Es genügt dazu nicht, daß wir einfach mehr produzieren als bisher, wozu wir wohl in der Lage wären, denn mit den Erzeugnissen unserer Arbeit können wir ja jetzt nach dem Abbau der Sachlieferungen nur noch einen geringen Teil unserer Schulden begleichen. Der größere Teil muß in Geld entrichtet werden, das heißt aber, daß wir unsere Waren erst einmal im Auslande absetzen müssen. Der erzielte Gegenwert wird dann durch Steuern wieder eingezogen und an das Ausland als Reparationszahlung abgeführt.

Ist nun die Summe des durch den Verkauf unserer Waren im Ausland nach Deutschland hereinfließenden Geldes nicht groß genug, um den Abstrom infolge der Reparationsleistungen auszugleichen, so tritt notwendig eine Verringerung des deutschen Kapitals, eine Verarmung und Kaufkraftschwächung in Deutschland ein. Nicht einmal der vollkommene Ausgleich zwischen Reparationszahlungen und Verkaufserlös würde genügen; die Summen aus dem Verkauf deutscher Waren müssen sogar die Höhe der Reparationen noch überschreiten, da sonst Deutschland inmitten einer sich entwickelnden Weltwirtschaft auf dem alten Stande verharren müßte und konkurrenzunfähig werden würde.

Aber von derartigen Ausfuhrüberschüssen ist gar keine Rede. Unsere Handelsbilanz weist bis einschließlich 1928 Fehlbeträge von vielen Milliarden Reichsmark auf, die damals freilich einstweilen durch die Kreditgewährung ausgeglichen wurden. Im Jahre 1929 konnten wir nun einen ganz geringfügigen Ausfuhrüberschuß von 50 Millionen Rmk. erzielen, und auch in 1930 zeigen sich heute auf das eindringlichste. Die Sicherung unserer Exportbasis ist durch die Weltkrise wesentlich schwieriger geworden. Große Märkte sind entweder durch politische Erschütterungen oder Krisen der Ueberproduktion und Ueberindustrialisierung unsichere Faktoren in der Absatzfrage geworden. Je mehr ein Land seine Wirtschaft auf die weltwirtschaftliche Verflechtung eingestellt hat, umso größer ist die Rückwirkung von Krisen und Störungen auf seine eigene Wirtschaft. Deutschland, die Tschechoslowakei und zum Teil Oesterreich sind hoch industrialisierte Staaten. Dagegen sind Rumänien, Jugoslawien und zum Teil Ungarn reine Agrarstaaten. Hier ist ein Ausgleich notwendig.

Die Agrarstaaten haben schon die Initiative ergriffen und in einigen Konferenzen versucht, unter sich zu einem geschlossenen Block zu kommen. Für sie kommt es heute darauf an, sichere Absatzgebiete für landwirtschaftliche Produkte zu finden. Diese liegen in der Hauptsache nur in den industrialisierten Weststaaten. Andererseits wird es möglich, daß diese Länder eine größere Aufnahmefähigkeit für industrielle Produkte erhalten, wenn ihr agrarischer Export gesichert wird. Ohne Schädigung der agrarischen Interessen dieser Länder müssen deshalb Deutschland, die Tschechoslowakei und Oesterreich für ihre industrielle Ueberproduktion Absatz suchen. Es wird Aufgabe einer zielbewußten Außen- und Wirtschaftspolitik sein, alle Möglichkeiten, die für uns im mitteleuropäischen Raum gegenwärtig gegeben sind, sorgfältig zu prüfen, um im geeigneten Moment die Initiative zu ergreifen.

Die Vorbereitende Abrüstungskommission in Genf.

Was ein führendes englisches Blatt dazu meint.

„Daily Herald" sagt in einem Leitartikel: Die Vorbereitende Abrüstungskommission bewegt sich von einem toten Punkt zum andern. Jeder Vorschlag, der eine merkliche Verminderung der Rüstungen bewirken könnte, trifft auf unerschütterlichen Widerstand. Allzuviele Regierungen haben nicht den leisesten Wunsch, abzurüsten, und die entwaffneten Nationen blicken dem Tage entgegen, an dem sie erklären können, daß sie, da die Sieger ihr Versprechen, abzurüsten, gebrochen haben, an die ihnen auferlegten Einschränkungen nicht mehr gebunden sind.

Europa bewegt sich zwar noch nicht schnell, aber mit besorgniserregender Stetigkeit auf einen Punkt zu, an dem mit jedem Augenblick eine neue Katastrophe möglich ist. Diese Bewegung wird weitergehen, wenn nicht alle Völker durch ihre Stimme und durch ihre politische Macht alle Regierungen zur Vernunft zwingen.

Wieder Fleischmarken.

Aber nur für den Gefrierfleisch-Ersatz.

Wie aus Berlin gemeldet wird, verhandelte der Haushaltsausschuß des Reichstages am Mittwoch über die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel zur Verbilligung von Frischfleisch an Stelle des in Fortfall gekommenen zollfreien Gefrierfleisches. Reichsernährungsminister Schiele führte aus, daß sich die Frischfleischbelieferung nur auf diejenigen Gemeinden erstrecken soll, die bisher mit zollfreiem Gefrierfleisch beliefert worden sind, da es sich doch um einen Ersatz handele.

Die Gemeinden erhalten erstmalig Anfang Dezember von der Reichsdruckerei die auf sie entfallenden Fleischmarken. Die Gemeinden sind zu veranlassen, die Art der Verbilligung (Abgabe von braunen Fleischmarken zu je 10 Rpf.) an die Minderbemittelten bekanntzugeben und den in den Listen Eingetragenen zu eröffnen, daß die Fleischmarken zum Bezuge von Frischfleisch in allen Fleischläden einschließlich der Fleischverkaufsstellen der Konsumvereine Verwendung finden können. Die Fleischmarken sind monatlich an die Minderbemittelten zu verteilen. Nach Abgabe der Waren entwerten die Fleischverkäufer die Marken und liefern sie an die Gemeinden, die ihnen den Betrag erstatten und die Marken als Rechnungsbeleg verwenden.

Für den Druck und die Verwendung der Gutscheine sorgt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Die Kosten hierfür sind mit 75 000 Rmk. veranschlagt. Wird die Aktion erst vom 1. Dezember an durchgeführt, so senkt sich der Betrag auf 50 000 Rmk. Zur Durchführung der Verbilligung von Frischfleisch auf dem Wege des Gutscheins wird die Reichsregierung nach ihren Berechnungen für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 10 075 000 Rmk. benötigen. Wenn die Aktion erst vom 1. Dezember 1930 an durchgeführt werden soll, so senkt sich der erforderliche Betrag auf 6 716 666 Rmk.

In der Aussprache wurden von verschiedenen Rednern Bedenken gegen den Plan des Reichsernährungsministers geäußert. Die Abstimmungen — es liegen verschiedene Abänderungsanträge vor — wurden auf Freitag vertagt.

Der Thüringer Polizeikonflikt.

Eine Erklärung des Reichsinnenministers.

Zu der vom Vorsitzenden des Thüringer Staatsministeriums zum Polizeistreit veröffentlichten Erklärung wird vom Reichsministerium des Innern folgendes mitgeteilt:

Der Reichsinnenminister hat dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold keinen Auftrag erteilt, ihm Material über die Verhältnisse bei der thüringischen Polizei zu beschaffen. Selbstverständlich hat er die Verhältnisse in Thüringen nach wie vor aufmerksam verfolgt und das ihm in reichem Umfange von den verschiedensten Seiten zugegangene Nachrichtenmaterial dem Staatsgerichtshof unterbreitet. Der Staatsgerichtshof ist zur Zeit damit befaßt, über das Material Beweis zu erheben.

Der Reichsminister des Innern lehnt es ab, dem Beispiel des Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums zu folgen und Teilergebnisse der bisherigen Beweisaufnahme zu einem Zeitpunkt, in dem die Beweisaufnahme sich noch in vollem Gange befindet, einseitig und vorzeitig auszuwerten und so vor der Entscheidung des mit der Sache befaßten Obersten Gerichtshofes in der Oeffentlichkeit Stimmung zu machen.

Die thüringische Antwort.

Das thüringische Staatsministerium teilt mit: Die im Disziplinarverfahren gegen den Verwaltungsobersekretär Müller bei der Wirtschaftsstelle der Polizei in Sondershausen angeordneten Untersuchungen und Beschlagnahmungen gegen mehrere Angehörige der thüringischen Polizei und in den Geschäftsräumen des Gaues Thüringen des Reichsbanners sowie in den Privaträumen des Geschäftsführers des Reichsbanners Dr. Dietzel in Weimar haben, soweit es überhaupt noch notwendig war, weitere erdrückende Beweise für das Bestehen einer Spitzelzentrale bei der thüringischen Polizei erbracht. Sie hat offenbar die Aufgabe gehabt, dem Reichsminister des Innern Material für das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen der Polizeikostenzuschüsse zu liefern.

Das beschlagnahmte Material ist derartig belastend für mehrere Polizeibeamte, daß das Ministerium des Innern sich veranlaßt gesehen hat, sofort gegen einige Beamte einzuschreiten. Sie haben in gröblichster Weise ihre Amtsverschwiegenheit verletzt, durch Erstattung von noch dazu durchaus unrichtigen Berichten über Vorkommnisse bei der Polizei dem Lande Thüringen, dessen Beamte sie waren, schwersten Schaden zugefügt und damit den von ihnen geleisteten Beamteneid gebrochen, mit dem sie dem Lande Thüringen Treue geschworen hatten.

Politische Tagesschau

←■ **Kartellnotverordnung auch für das Handwerk?** Von einer geplanten Auswirkung der Kartell-Notverordnung berichtet der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst, der den christlichen Gewerkschaften nahesteht. Es handle sich um eine Ausdehnung der Verordnung auf die Handwerksinnungen. Wie die Korrespondenz aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, werde mit einer entsprechenden Verordnung schon in den nächsten Tagen zu rechnen sein.

←■ **Um die pädagogischen Akademien.** Im Preußischen Landtag wird bei den Fraktionen gegenwärtig die Frage lebhaft erörtert, ob sich zur Zeit die Einrichtung weiterer pädagogischer Akademien empfiehlt. Bekanntlich ist beabsichtigt, eine katholische Akademie in Berlin, eine evangelische in Spandau und eine weltliche in Köpenick zu errichten. Außerdem handelt es sich um die Bewilligung einer ersten Baurate für Königsberg. Bei den Regierungsparteien scheint die Ansicht an Boden gewonnen zu haben, daß es sich nicht empfiehlt, diese Pläne jetzt durchzuführen. Der Durchführung stehen offenbar Sparsamkeitsrücksichten und die Besorgnis entgegen, daß die Gefahr der Heranbildung einer zu großen, über den Bedarf hinausgehenden Anzahl junger Lehrkräfte besteht.

←■ **Ein amerikanisches Urteil über die deutsche Wirtschaftslage.** Das Handelsamt gibt den Bericht des stellvertretenden Handelsattachés in Berlin Douglas Miller über die Lage in Deutschland bekannt. Miller erklärt, die politische und wirtschaftliche Lage im kommenden Winter werde schwierig, aber keinesfalls hoffnungslos sein. Das neue Finanz- und Arbeitslosenprogramm der Regierung habe im allgemeinen einen günstigen Eindruck in der Oeffentlichkeit gemacht. Die Lage des deutschen Bankwesens wird als gesund bezeichnet.

Keine Diktaturbestrebungen der Reichswehr.

Berlin, 14. Nov. Die in einer nationalsozialistischen Anfrage im Landtag aufgestellte Behauptung, der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, habe bei einem Offiziersessen erklärt, der Reichstag werde sofort nach Wiederzusammentritt nach Hause geschickt werden, die Reichswehr gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten vorgehen und eine Generaldiktatur errichtet werden, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Präsidentenwahl im Sächsischen Landtag.

Dresden, 14. Nov. Bei der Präsidentenwahl im Sächsischen Landtag wurde der bisherige Präsident Weckel (Sozialdemokrat) im zweiten Wahlgang mit 35 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten wiedergewählt. Für Kunz gaben die Nationalsozialisten, die Wirtschaftspartei, Deutschnationalen und Volkskonservativen und das Sächsische Landvolk 34 Stimmen, für Herrmann die Kommunisten 12 Stimmen ab. Die Deutsche Volkspartei, Volksrechtspartei, die Volksnationalen und Christlich-Sozialen gaben zusammen 14 weiße Stimmzettel ab.

Verurteilung dreier saarländischer Landjäger.

Saarbrücken, 14. Nov. Drei Landjäger, die in der Nacht vom 21. zum 22. Mai den französischen Industriespion Willy Becker, einen deutschen Staatsangehörigen, bei Habkirchen auf saarländischem Boden verhaftet und über die saarländisch-deutsche Grenze abgeschoben hatten, wurden zu zwei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Sie waren auf Antrag der Regierungskommission unter Anklage gestellt worden, weil man annahm, daß sie die Verhaftung im Einvernehmen mit deutschen Stellen bewerkstelligt hätten. Die Angeklagten bestritten das und erklärten, sie hätten Becker zufällig ohne Paß angetroffen und ihn entsprechend ihrer Dienstanweisung über die Grenze gebracht. Das Gericht nahm trotzdem Freiheitsberaubung im Amte und Hilfeleistung der saarländischen Behörden bei Durchführung eines von Deutschland gesuchten Verbrechers als gegeben an. Becker wohnte in Saargemünd in Lothringen und war in der Nacht zu einer Spritztour ins Saargebiet gekommen. Bei der Ankunft auf deutschem Boden war er sofort von deutschen Polizisten in Empfang genommen und nach Leipzig transportiert worden, wo er jetzt seine Bestrafung durch das Reichsgericht erhalten wird.

Die belgische Ministerkrise.

Brüssel, 14. Nov. Der König empfing den Premierminister Jaspar und ersuchte ihn, die am 11. d. Mts. angebotene Demission des Kabinetts zurückzunehmen. Jaspar bat um einen Tag Bedenkzeit, womit der König sich einverstanden erklärte.

Das Genfer Abrüstungstheater.

Genf, 14. Nov. Der erste Teil der Entschließung Lord Cecils, der sich in einer allgemein gehaltenen Fassung für eine über die Publizität der Rüstungen hinausgehende Methode der Begrenzung des Heeresmaterials ausspricht, wurde von dem Abrüstungsausschuß in Genf in der Abstimmung angenommen. Vor der Schlußabstimmung über den letzten Teil der Entschließung, in der die verscheidenen Methoden der Materialbegrenzung aufgezählt werden, ohne eine präzise Stellungnahme des Ausschusses hervorzurufen, erklärte der deutsche Vertreter Graf Bernstorff, daß es im Interesse der Klarheit besser sei, einer Anregung des Vertreters Griechenlands zu folgen und eine getrennte Abstimmung über die verschiedenen Methoden vorzunehmen.

Der Fall des Dampfers „Baden".

New York, 14. Nov. Associated Preß meldet aus Rio de Janeiro, daß in dem Falle des Dampfers „Baden" die polizeiliche Untersuchung im Gange ist. Die Polizei wartet auf die Rückkehr der „Baden" nach Rio, um das Schiff zu untersuchen und Schäden festzustellen.

←■ **Die belgische Regierungskrise.** In einer von der belgischen liberalen Parlamentsfraktion angenommenen Vertrauensentschließung für die liberalen Minister wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Umstände es der Liberalen Partei ermöglichen werden, ihre Mitarbeit in der Regierung ohne Preisgabe ihrer Grundsätze fortzusetzen. Daraus wird allgemein geschlossen, daß die liberalen Minister in der Regierung bleiben werden.

←■ **Die Wirtschaftsdepression in USA.** Wie schwer das Baugewerbe und die Automobilindustrie durch die herrschende Depression in Mitleidenschaft gezogen sind, geht aus einer von Arthur Woods veröffentlichten Statistik hervor. Es heißt darin, daß beide Industrien etwa 900 000 Arbeitslose zu verzeichnen haben und daß das Geschäft ungefähr um je 1,5 Milliarden Dollar hinter dem des vorigen Fiskaljahres zurückbleibt.

*

:: Der König von Spanien hat, wie aus Madrid berichtet wird, ein Dekret unterzeichnet, das einen Ankauf von 27 Torpedobooten genehmigt.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

Erneuter Protest.

Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes befaßte sich in Berlin mit der durch den Berliner Schiedsspruch geschaffenen Lage. Nach eingehenden Beratungen wurde eine Entschließung angenommen, in der zunächst dem Vorstande und der Ortsverwaltung Berlin die Anerkennung für ihren Kampf gegen den von den Metallindustriellen geforderten Lohnabbau ausgesprochen wurde. Die Abwehr sei unerläßlich gewesen, weil der erste amtliche Schiedsspruch verhängnisvollste Folgen hätte haben müssen. Dann wendet sich die Entschließung gegen den neuen Schiedsspruch vom 8. November, der von den beteiligten Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitern als offener Betrug und von der gesamten Arbeiterschaft als Provokation empfunden werden müsse, um so mehr, als der bisherige Verlauf der Preissenkungsaktion einer Verhöhnung der Arbeiterschaft gleichkomme.

Der vom Verbande genannte Unparteiische, Professor Dr. Sinzheimer, habe durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch die Verantwortung für diesen Spruch nicht übernommen. Der Deutsche Metallarbeiterverband werde allen Angriffen gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie bisher den größtmöglichen Widerstand entgegensetzen. Weiter wird erklärt, daß diese „reaktionären Attentate gegen die Berliner Arbeiterschaft" nur infolge der die Arbeiterbewegung zersetzenden Tätigkeit der Kommunisten möglich seien.

Unruhen in Peru.

Generalstreik beschlossen.

In den peruanischen Departements Lima und Junin wurde der Belagerungszustand verhängt. Gleichzeitig wurde der Allgemeine Arbeiterverband von der Regierung aufgelöst. Alle, die zum Streik auffordern, werden ausgewiesen. Bei einer Kundgebung der Arbeiter des Kupferbergwerks Malpaso gegen die ausländischen Bergwerksbesitzer, die hauptsächlich englischer und amerikanischer Nationalität sind, erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einer Abteilung Polizei und den Manifestanten. 15 Personen, darunter zwei Amerikaner und ein Oesterreicher wurden dabei getötet, 25 Personen verletzt. Da sich die Bewegung stark auszudehnen droht, wurden 200 Mann Militär in das Bergwerksgebiet entsandt.

Die Regierung ordnete an, daß alle Bergwerke des Bezirks geschlossen und alle Ausländer nach Lima gebracht werden sollen. Ein Zug mit 350 amerikanischen Bürgern wird heute abend in Lima erwartet. Die Angestellten der Zentralbahn haben sich entschieden, den Generalstreik, der für heute abend beschlossen worden ist, zu unterstützen.

Aus der Heimat

Freitag den 14. November 1930

Spitzfindigkeiten

„Viele Hunde sind des Hasen Tod", sagte der Volksmund, und wir können uns vorstellen, daß auch viele Nadelstiche ein Leben zerstören können. Auch Worte können wie Nadelstiche wirken; denn auch sie können verletzen und zugrunderichten.

Je mehr in unserem Daseinskampf auf Waffen verzichtet wird, um so mehr macht man sich die „Waffe" des Geistes zunutze. Und es ist noch die Frage, ob nicht gerade diese Waffe die gefährlichste ist, weil man sie sozusagen kaum parieren kann. Selbst, wenn man auf eine Spitzfindigkeit mit zwei Spitzfindigkeiten erwidert.

Spitzfindigkeiten! Schon das Wort an sich weist darauf hin, daß man darunter etwas ähnliches wie Nadelstiche versteht, etwas, das wegen seiner Feinheit und Findigkeit unbedingt sitzen muß.

Spitzfindigkeiten wirken wie aus sicherem Versteck abgeschossene Giftpfeile oder wie Stiche mit Nadeln, deren Spitzen vergiftet sind: man merkt sie wohl, setzt sich aber darüber hinweg, bis plötzlich das eingeimpfte Gift sich bemerkbar macht und wühlt und gärt.

Und gerade feinfühlige Menschen, deren zartes Empfinden sie hindert, anderen etwas zu Leide zu tun, leiden am ehesten unter Spitzfindigkeiten. Aber Spitzfindigkeiten wird es wohl immer geben; denn der Mensch kann nun einmal nicht immer sachlich, auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Der Mensch ist rechthaberisch, und um „Recht" zu haben, greift er zu allen Mitteln, läßt er auch Spitzfindigkeiten los, ohne sich zu überlegen, daß er damit sehr gefährliche Giftpfeile abschießt, die einen Gegner nicht nur augenblicklich leiden lassen, die ihn vielmehr so kränken können, daß er darunter weit länger dulden muß.

—* **Bekommen wir Winterwetter?** Der 15. November wird es verraten. Der 15. November ist nach alten Erfahrungen ein wetterkundlich bedeutsamer Tag. Er hat, wenn am 24. Oktober sich ein Winterregen einstellt — und das war in diesem Jahre gründlich der Fall — die größte Bedeutung für den ganzen Winter. Er bringt sehr gern den ersten Schneefall. Ist dieser mit stärkerem Frost verbunden, so kann man mit einem stärkeren Vorwinter rechnen; und es kommt nicht selten vor, daß Winterfrost an diesem Tage bis zum 24. Januar anhält. Gar oft hat ein am 15. November einsetzender Winter bis zum März gedauert. — Ist aber der 15. November mild, so ist vor dem 12. Dezember kaum Schnee und Frost zu befürchten. 1927 war am 15. November Schnee und Frost, und am 12. Dez. trat Verstärkung des Frostes ein. 1928 am 15. November Regen und mild mit Tagestemperaturen bis 11 Grad Wärme und am 12. Dezember erster Schneefall. 1929 der 15. Nov. schön und mild, kein Schneefall, — am 12. Dezember Sturm mit Regen, dann Schnee.

—* **Eine wichtige Entscheidung für die Erwerbslosen** wurde jetzt vom Landesarbeitsamt Westfalen getroffen. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. Okt. 1930 sind die Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern in die Krisenfürsorge eingegliedert worden. Die Entscheidung über die Zulassung der Gemeinden unter 10000 Einwohnern war den Landesarbeitsämtern überlassen worden. Von diesem Rechte hat nun das Landesarbeitsamt der Provinz Westfalen Gebrauch gemacht und für seinen Bezirk mit einzelnen lokalen Ausnahmen und unter Ausschaltung bestimmter Berufsgruppen die Krisenfürsorge auch für die Gemeinden unter 10 000 Einwohnern zugelassen. Für das Gebiet des Arbeitsamtes Siegen kann diese Zulassung als generell betrachtet werden, da die hier vertretenen Hauptberufsgruppen, so besonders der Bergbau und das Baugewerbe, in die Krisenfürsorge einbezogen wurden. Damit sind alle Erwerbslosen über 21 Jahre, soweit sie nicht unter die Berufsgruppen „Landwirtschaft" oder „häusliche Dienste" fallen, die am 3. November Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, zum Bezuge der Krisenunterstützung zugelassen. Für die Anerkennung der Unterstützungsberechtigten ist im Einzelfalle die Bedürftigkeitsprüfung ausschlaggebend.

—* **Verkehr im Reichsbahndirektionsbezirk Wuppertal im Oktober.** Der Güterverkehr war nicht einheitlich. Beim Stückgutverkehr zeigte sich eine leichte Besserung, beim Wagenladungsverkehr dagegen wiederum eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat. Die Belebung des Stückgutverkehrs wurde veranlaßt durch den Obst- und Kartoffelversand und durch den Beginn des Weihnachtsgeschäftes. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist der Rückgang im Ladungs- und im Stückgutverkehr immer noch sehr erheblich. Er beträgt etwa 19 Prozent. Der Herbstverkehr ist bei weitem nicht so stark wie in den früheren Jahren. — Der Personenverkehr ist im Monat Oktober gegenüber September und gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres zurückgegangen. Gegen September 1930 wurden 8,6 Proz. und gegen Oktober 1929 15,9 Proz. weniger Fahrkarten ausgegeben. Der Rückgang ist auf die schlechte Wirtschaftslage, unter der besonders der Berufsverkehr infolge von Betriebseinschränkungen und Stillegungen von Werken zu leiden hatte, sowie auf die ungünstige Witterung zurückzuführen. Die Neuerung, wonach die Sonntagskarten schon am Sonnabend zur Rückkehr benutzt werden dürfen, hat zwar verkehrsbelebend gewirkt, doch wurde allgemein der Wochenend- und Sonntagsausflugsverkehr durch die schlechte Witterung stark beeinträchtigt. — Im Gepäck- und Expreßgutverkehr zeigte sich gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 6,8 Proz., die auf erhöhten Expreßgutversand infolge des beginnenden Winterbedarfsgeschäftes zurückzuführen ist. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres war ein Rückgang von 13 Proz. zu verzeichnen.

** **Rüppershausen.** Zu dem öffentlichen Verding der Wegearbeiten an dem auszubauenden Wege von Rüppershausen nach Steinbach waren ungefähr zehn Bewerber erschienen. Die Ausführung der Arbeiten wurde Herrn Wilhelm Meister in Rückershausen übertragen. Mit dem Bau, der mit Arbeitslosen der Gemeinden Rüppershausen und Steinbach ausgeführt werden soll, wird so bald wie möglich begonnen werden. Es ist zu begrüßen, daß auf diese Weise für einige Familien wenigstens vorübergehend wieder Arbeit und Brot geschaffen wird. — Die auszubauende Wegestrecke bildet einen Teil des öffentlichen Wegezuges von der Provinzialstraße in Holzhausen über Steinbach, Rüppershausen zum Bahnhof Oberndorf. Die in Frage kommenden 900 Meter sind im Umlegeverfahren von Steinbach neu ausgewiesen, um günstigere Steigungsverhältnisse zu erzielen. Der alte Weg hatte Steigungen bis 15 Prozent. Der neue Weg ist im Separationsverfahren im Planum ausgebaut und soll durch Härtung der Steinbahn mit Pack- und Decklage befestigt werden, um den Anforderungen zu genügen, die an einen öffentlichen Durchgangs- und Verbindungsweg zu stellen sind. Die jetzige größte Steigung beträgt 5,2 Prozent. Der Kostenanschlag beläuft sich insgesamt auf 12 000 RM.

— **Berleburg.** Der 32 Jahre alte, jetzt in Würzburg wohnende Kaufmann Karl Stark war früher Inhaber der Firma Heinrich Rompel in Berleburg. Am 2. 2. 1929 erhielt er von der Firma Zündapp-Verkaufs-G.m.b.H. in Köln zwei Krafträder zum Preise von 750 Mark bezw. 653 Mark in Konsignation ohne Zeitbeschränkung. St. durfte die Räder verkaufen, mußte aber die Gelder für die Firma verwalten und getrennt aufbewahren. Im Laufe des Jahres verkaufte St. die Räder, lieferte das Geld aber nicht ab, sondern verbrauchte es für sich. Das Schöffengericht in Siegen hatte ihn wegen Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil legte er Berufung ein. Diese wurde von der Großen Strafkammer in Arnsberg mit der Maßgabe verworfen, daß er wegen gewinnsüchtiger Untreue verurteilt wurde. (Sieg. Ztg.)

— **Siegen.** (Schöffengericht.) Schwindel-Möbelgeschäfte. Der mehrfach vorbestrafte, in den letzten Jahren doch unbestraft gebliebene „Kaufmann" Bl. aus Arfeld, wohnhaft in Altona-Stellingen, hatte sich wegen Betrugs in zwei Fällen zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, im Jahre 1928 zwei auswärtige Möbelfirmen betrogen zu haben. Der Angeklagte, von seiner geachteten Frau und zwei Kindern getrennt lebend, wollte nach Art der Hochstapler schnell und mühelos Geld verdienen. Er ließ sich Geschäftspapiere drucken mit der vielsagenden Firmierung: „Werkstätten für Holzbearbeitung". Dabei besaß er keinerlei Gehilfen und nur weniges Werkzeug. In Hagen mietete er einen Lagerraum, den er großzügig „Auslieferungslager" nannte. Für dieses Lager bestellte der Angeklagte u. a. auch Zimmereinrichtungen bei je einer Stettiner und Herforder Firma, die er bis heute nicht bezahlt hat, für die er aber teilweise Bezahlung erhielt. Das Gericht war der Ueberzeugung, daß der Angeklagte mit einem vorgeschobenen Käufer unter einer Decke gesteckt habe. Beide waren eines Tages spurlos verschwunden. Der Angeklagte hielt sich längere Zeit unter falschem Namen in Hamburg auf. Das Gericht hielt den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Um dem Angeklagten, der sich in den letzten Jahren bemüht hat, nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen, Gelegenheit zu geben, wieder in geordnete Bahnen zu kommen, will das Gericht nach weiteren Erkundigungen in Erwägung ziehen, ob dem Angeklagten die Strafe ausgesetzt werden kann.

Lichtspiele in Erndtebrück.

Filmvorführungen. Am heutigen Freitag- sowie am Sonntagabend finden im Patt'schen Saal Filmvorführungen statt, die nach der Ankündigung in der gestrigen Nummer unserer Zeitung einige genußreiche Stunden versprechen. Am Sonntagnachmittag findet außerdem eine Jugendvorstellung mit entsprechendem Programm statt.

Vermischtes

— **Oberroßbach.** Das Geld liegt auf der Straße. Zu einer von uns kürzlich veröffentlichten Notiz über einen Goldstückfund in Achenbach wird von hier mitgeteilt, daß der 12jährigen Erika Schmidt ebenfalls das seltene Glück widerfuhr, auf dem Acker ein Zehnmarkstück in Gold zu finden. Die Münze trug das Bildnis König Alberts von Sachsen und die Jahreszahl 1879.

— **Marburg.** Marburg wächst. Nach etwa einvierteljähriger Bauzeit ist jetzt der von den etwa 1000 Einwohnern des neuen Stadtviertels Elsaßhausen so lange ersehnte Uebergang unmittelbar neben dem Hauptbahnhof fertiggestellt worden. Durch diesen Steg wird der Zugang zu dem nach dem Krieg am Ortenberg und dem romantischen Waldtal, dem Gefälle unterhalb des Kalten Borns entstandenen und sich immer mehr entwickelnden Stadtviertel ganz beträchtlich gekürzt. Zu den Kosten des Ueberganges, die anfangs mit 40 000 und später mit etwa 60 000 Mark veranschlagt wurden, sollen auch die Anlieger herangezogen werden, doch haben sich bereits einige von diesen mit einer Eingabe an die Stadt gewandt, daß sie in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht dazu in der Lage seien.

— **Zwei Tote, drei Schwerverletzte.** Auf der Burbacher Hütte ereignete sich ein schwerer Unfall. Eine Montageabteilung der Dingler'schen Maschinenfabrik in Zweibrücken war mit dem Aufbau eines zur Gasreinigung dienenden Rundkühlers, der eine Höhe von etwa 17 Meter hatte, beschäftigt. Als ein Stück des Randwinkels aufgehängt werden sollte, stürzte dieses mit den darauf befindlichen Arbeitern in die Tiefe. Der Monteur Paul Lanninger aus Niederauerbach bei Zweibrücken wurde tödlich verletzt, der Arbeiter Josef Louis aus Zweibrücken starb einige Stunden nach dem Unfall im Krankenhaus. Drei weitere Monteure wurden schwer verletzt.

Mechanische Landung des „Graf Zeppelin"

Eine Neuerung wird ausprobiert.

Wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, führte das Luftschiff „Graf Zeppelin", das am Donnerstag um 11 Uhr vormittags aufgestiegen war, auf dem Flugplatz Löwenthal, auf dem die neue Luftschiffhalle im Gerippe beinahe fertiggestellt ist, mit Hilfe eines von den Maffei-Werken in München speziell für Landungszwecke gebauten Raupenschleppers eine Landung durch.

Auf einer an diesem Schlepper angebrachten Rolle wurde durch die Motorkraft des Raupenschleppers das Haltetau des Luftschiffes aufgerollt und das Luftschiff langsam zu Boden gezogen. Anschließend daran wurde dann die Düse des Luftschiffs an den 15 Meter hohen Ankermast befestigt. Um 11.50 Uhr war das Luftschiff fest verankert. Nach 40 Minuten erhob sich der „Graf Zeppelin" wieder und führte über dem Bodensee verschiedene Peilversuche mittels des vor der Führergondel befindlichen Peilringes durch.

Der Schatten

Skizze von Käthe Donny.

Die Frau vom Pappelhofe schritt wie alle Abende durch ihr Anwesen, verriegelte in der Milchkammer das Fenster, das wieder einmal nur angelehnt war, streichelte Tyras, der an seiner Kette rasselte, und blickte durch das kahl werdende Geäst der großen Silberpappel zum Himmel hinauf. Der war voller Sterne. Sie funkelten und strahlten, und es schien, als atmete das schwarze Gewölbe aus Tausenden und Abertausenden goldener Poren. Jetzt glitt eine Sternschnuppe langsam am nördlichen Himmel entlang. Die Bäuerin warf jäh den Kopf empor. Ein Name fuhr ihr aus dem Herzen — fast ungewollt. Aber kaum hatte sie ihn gedacht, schloß sich schon ihr Mund in doppelter Strenge zusammen. Nein, keiner sollte auch nur ahnen, wessen Namen ihr Herz gerufen.

Und stumm, hoch und stolz ging sie in ihr einsames Haus.

Es war ein stattliches Anwesen, von vier Generationen stiller, zäher Bauern erarbeitet. Der letzte Pappelbauer hatte das neue Stockwerk aufgesetzt — für die schöne, reiche Lene vom Mühlenhügel und den einzigen Sohn. Fast sprichwörtlich wurde das Glück vom Pappelhofe.

Da hatte ein toller Hengst den Bauer geschlagen, so hart, daß es kein Wiederaufstehen mehr gab, und ein grausames Geschick traf ein paar Jahre darauf die Witwe, damals, als der einzige Sohn, kaum neunzehnjährig, als Brandstifter vom Nachbarhofe angezeigt wurde. Es war nur eine Strohmiete gewesen, von Karl, dem Einzigen, aus böser Luft angezündet, weil die Sophie vom Nachbarhofe ihm nicht zu Willen sein wollte, aber Feuer bleibt Feuer und Schande bleibt Schande. Am nächsten Abend hatte sich Karl auf und davon gemacht, und die stolze Pappelbäuerin ersetzte den Schaden um das Vierfache.

Niemand hatte danach je den Namen ihres Sohnes aus ihrem Munde gehört. Die Bäuerin war eine harte Frau geworden, nie ungerecht, nie geizig — aber hart. Wer wußte, daß sie nachts mit Tränen einschlief? Wer ahnte, daß sie am Sonntag aus der sorgsam verschlossenen Lade ein Bild nahm und mit heißen, hungrigen Augen in dem Gesicht eines hübschen jungen Menschen nach Ernst und Wärme suchte? Daß sie verzweifelt wieder das Bild verschloß, da sie nichts darin fand als Genußsucht und Wildheit? Doch immer wieder nahm sie das Bild in die Hände. Einmal, endlich einmal würde der Sohn zurückkehren, reif und stark und gut. Wie seine Väter und Vorväter. Und für diesen Tag lebte und schaffte sie. —

Sie schloß die Haustür, schob den Riegel vor ihr Schlafzimmer und legte sich in das breite Bett. Die Fenster standen weit offen, in einem Silberbach strömte das Mondlicht herein. Sie starrte noch eine Weile mit offenen Augen in das Schattenspiel der großen Pappel. Die Zweige bewegten sich auf der Wand des Zimmers wie dunkle Arme, die sich verschränkten und wieder lösten. Die letzten Blätter flatterten lose, und ihre Schatten hüpften wie Vögel von Zweig zu Zweig. Jetzt verdichteten sie sich und wurden zu einer Silhouette. Ein Kopf erschien — eine Hand — der Schatten eines Mannes. Ein Gesicht beugte sich über sie — das war doch — aber da schlief sie schon...

Als sie am nächsten Morgen erwachte, hatte sie ein dumpfes Gefühl im Kopfe und einen merkwürdig üblen Geschmack auf der Zunge. Irgend etwas quälte sie auch, sie konnte sich nur nicht erinnern — was. Eine eigentümliche Verwirrung war in ihren Gedanken. Sie riß sich gewaltsam zusammen, blickte scharf ringsum auf die vertrauten Gegenstände und kam dabei auf den geheimen Wandschrank dicht am Kopfende ihres Bettes.

Er stand weit offen, war durchwühlt und halb geleert.

Wie ein Blitz fuhr es in ihren dumpfen Kopf: „Der Schatten in der Nacht."

Mit einem Satz war sie aus dem Bett, trat auf ein Tuch, das da lag, ein unangenehm duftendes Stück Zeug. —

Die Pappelbäuerin war seltsam geworden seit jener Nacht, von der sie keinem sprach. Noch ging sie hoch und gerade durch Hof und Stall und Ackerland, aber es konnte geschehen, daß einer sie plötzlich auf einem Feldstein sitzend fand, ganz zusammengesunken und aus erloschenen Augen fremd umher blickend. Noch gab sie mit ihrer knappen, scharfen Stimme harte Befehle, aber schon in der nächsten Minute fügte sie ein paar weichere Worte hinzu, die sich in undeutlichem Murmeln verloren.

Nachts ließ sie den Hund von der Kette und befahl die Läden vor alle Fenster. „Als ob sie sich vor einem Gespenst fürchte", sagte der Großknecht.

Und geizig war sie auch geworden. Sie knauserte bei jeder Bezahlung und raffte Geld zusammen, wo sie nur konnte.

„Für wen nur?" murrten die Leute. „Der Sohn ist verkommen. Verwandte hat die Bäuerin nicht. Da sieht man wieder mal, wie mancher nicht genug kriegen kann."

Daß sie nie mehr das Bild ihres Sohnes aus der verschlossenen Lade holte, ja, daß sie den Schlüssel zur Lade in den Mühlteich geworfen hatte, wußte niemand. Und daß sie all ihren Besitz den armen Kindern des Dorfes vermacht hatte, aber nur denen, die sich brav hielten, erfuhren sie erst nach ihrem Tode.

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Samstag: Nach kalter Nacht zunächst aufgeheitert, dann Bewölkungszunahme, noch trocken. östliche, später südliche Winde.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 14. 11., 8 Uhr vormittags

Temperatur:	6° C
Barometerstand: (gestern 780 mm)	778,5 mm
Feuchtigkeit der Luft:	85 %
Höchste Temperatur (seit gestern 8 Uhr vormittags):	7° C
Niedrigste Temperatur (" " " " "):	+4° C
Niederschlagsmenge (" " " " "):	— mm

„DIANE"

Das Schicksal einer Pariserin im Feldquartier.

Historischer Großfilm mit OLGA TSCHECHOWA

Auch Sie kaufen

den farbigen, haltbaren **Kinderstrumpf** **0,45 Mk.**

den schwarzen u. farbigen **Damen-Strumpf** in haltbarer Qualität **0,85 Mk.**

Max Rosenbaum
Laasphe.

Gegen Röte der Hände

und des Gesichts sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße, fettfreie **Creme Leodor,** welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese matte Creme wundervoll kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife, 50 Pf. das Stück. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Der Sohn des goldenen Westen

Ein Tom-Mix-Film

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 59 des Kommunalabgabengesetzes hat der Bezirksausschuß in Arnsberg vom 8. November 1930 B. A. I. C. III 178/30 zur Deckung des Gemeindefehlbetrages für das Rechnungsjahr 1930 die Hebung folgender Zuschläge beschlossen und zwar:

1. 240 % Zuschlag zur staatl. Grundvermögensteuer,
2. 500 % Zuschlag zur Gewerbeertragsteuer,
3. 800 % Zuschlag zur Gewerbekapitalsteuer,
4. 20 % erhöhte Zuschläge zur Gewerbesteuer auf die Filialbetriebe (§ 43 der Gewerbesteuerverordnung).

Gemäß Erlaß des Herrn Oberpräsidenten vom 1. Nov. 1930 VI 122-23 hat dieser der Erhebung obiger Zuschläge zugestimmt, welches gemäß § 65 des Kommunalabgabengesetzes veröffentlicht wird.

Laasphe, den 12. November 1930.

Der Magistrat. Pränger.

Bekanntmachung.

betr. **Grabenräumung** auf den **Wiesen.**

Bei der Grabenschau ist festgestellt worden, daß die **Hauptzuleitungsgräben** nicht oder nicht in genügender Breite geöffnet worden sind. Dies gilt hauptsächlich für die Wiesen zu **Ditzrod** und im **Wabach.**

Auch die **Berieselungs-** u. **Entwässerungsgräben** sind vielfach nicht oder nicht ordnungsmäßig geräumt.

Ich gebe zur Räumung eine letzte Frist bis zum 20. d. Mts.

Wittgenstein, den 13. November 1930.

Der Ehrenbürgermeister: Marburger.

Photo-Atelier Debus, Wallau|Lahn

Empfehle mich in **sämtlichen Photoarbeiten, Vergrößerungen und Malereien aller Art.**

Bei Auswärtigen, vorherige Anmeldung.

Anzeigen,
die an einem bestimmten Tage erscheinen sollen, müssen **beizeiten** (nicht erst am Tag oder Vorabend der Ausgabe) aufgegeben werden. Ausnahmen können nur in dringenden Fällen gemacht werden.

Am billigsten kaufen Sie Ihre

Forstpflanzen

Allee-, Zier- und Obstbäume sowie **Beerenhochstämme u. s. w.,** bei

Ph. Dienst, Baumschulen

Diedenshausen b. Berleburg
Telef. Amt Girkhausen Nr. 25
— Preisliste auf Wunsch —

Laaspher Schützenverein

Am **Sonnabend den 15. November, abends 8¼ Uhr** findet im Westf. Hof

Militär-Streich-Konzert

der Kapelle des Ausbild.-Bataillons 15. Infanterie-Regts. Marburg unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Große statt.

Eintrittspreis 1 Rmk. Programm dient als Eintrittskarte.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden in wenigen Tagen durch d. Teintverschönerungsmittel **Venus** (Stärke A), Preis Mk. 2.75, **unter Garantie** beseitigt. Gegen **Sommersprossen** (Stärke B), Preis 2.75.

Wittgst. Drogerie M. Hintz, Laasphe.



S. G. V.

Abteilung Laasphe.

Sonnabend den 15. Nov. 1930

Wanderung nach dem Harfeld.

Abmarsch **1.45 Uhr pünktlich** vom Wilhelmsplatz.

Frisch auf!

Der Wanderrat.

Kirchlicher Anzeiger.

Ev. Gemeinde Laasphe.

22. Sonntag nach Trinitatis.

10 Uhr: P. Bauer.

11¼ Uhr: Kindergottesdienst.

Puderbach.

10 Uhr: P. Heynen.

11¼ Uhr: Kindergottesdienst.

Kollekte für das Schwesternheim des Auslands-Seminars in Wittenberg.

Reise durch Sowjetrußland

Kapitäne und Werkmeister bekommen meistens unrecht. — Betten, in denen in drei Schichten geschlafen wird. — Der „rote" und der technische Leiter der Fabrik. — Reger Betrieb am Schalter für Scheidungen. — Trinkgelder sind eines braven Kommunisten unwürdig.

Von C. E. M. Joad,
dem bekannten englischen Philosophen.

An Bord eines Sowjetschiffes.

Ein eigenartiges Gefühl befiel mich, als ich in der Nähe der London Bridge einen Dampfer bestieg und wußte, daß ich ihn erst in Leningrad wieder verlassen würde. Noch eigenartiger war der Eindruck, als ich weder Fahrkarte noch Paß — ich erfuhr, daß der Kapitän letzteren aufbewahrte — vorzuzeigen und keinen Fragebogen auszufüllen brauchte. Dieses vollständige Fehlen aller sonst mit Auslandsreisen verbundenen Formalitäten ist geradezu kennzeichnend für das Leben auf einem sowjetrussischen Schiff.

Hier gibt es auch keine Stewards oder sonstiges Bedienungspersonal. Der Reisende hat keine Gelegenheit, irgend jemandem einen Auftrag zu erteilen, weshalb er auch kein Trinkgeld zu geben braucht. Er holt sich das warme Wasser zum Rasieren aus der Schiffsküche und nimmt sich die Suppe selbst aus einer Riesenschüssel, die auf dem Mitteltisch des Speiseraums steht. In der Kabine ist zwar noch eine Klingel vorhanden, aber niemand kommt, wenn man darauf drückt.

Die Besatzung des Schiffes vermittelt dem Reisenden den ersten Eindruck vom Leben Sowjetrußlands. Hier bestand sie aus dreißig oder vierzig Mann, unter denen keiner das dreißigste Jahr überschritten hatte. Auch die Offiziere, mit Ausnahme des Kapitäns, waren nicht älter. Die Frauen oder jungen Mädchen, welche die Betten zu machen und die große Schüssel auf den Tisch im Speiseraum zu stellen hatten, mochten gar erst achtzehn Jahre alt sein. Erst nachdem ich mich schon drei Tage an Bord befand, entdeckte ich, daß der dritte Offizier, den ich für einen siebzehnjährigen Jungen gehalten, eine Frau von siebenundzwanzig Jahren war. Für die Besatzung sind besondere Aufenthaltsräume vorhanden, womit aber nicht gesagt sein soll, daß ihr das Betreten des Salons für Fahrgäste verboten ist. Zwei Matrosen bewohnen je eine Kabine, die sich im übrigen nicht von der einbettigen Ersten Kajütte unterscheidet. So wohnt die Mannschaft noch besser als die Passagiere der Zweiten Klasse, die sich zu viert mit einer Kabine begnügen müssen. Sonst gibt es aber auch nicht den geringsten Unterschied zwischen Reisenden Erster und Zweiter Klasse, und das Essen ist für alle Mann an Bord, Kapitän, Fahrgäste und Mannschaft, das gleiche.

Der Besatzung steht ein gemeinsamer Aufenthaltsraum zur Verfügung, der nach einer dort aufgestellten Büste des Sowjetführers „Lenin-Ecke" genannt wird und der Bilder sonstiger bolschewistischer Größen, Landkarten und religionsfeindliche Plakate aufweist. Nachts singen und tanzen Passagiere, Offiziere und Mannschaften gemeinsam an Deck. So erlebte ich das erheiternde Schauspiel, wie eine englische Dame ein Dutzend junger kommunistischer Matrosen zum Klang einer Mandoline, einer Gitarre und eines halben Dutzends Löffel auf dem mondbeschienenen Deck einen vornehmen altenglischen Gesellschaftstanz zu lehren versuchte.

Während der kurzen Fahrt nach Leningrad fanden an Bord zwei kommunistische Versammlungen statt. Zur ersten wurden nur Mitglieder der Partei zugelassen. In der Hauptsache handelte es sich hier um die Vorlesung eines Matrosen über die durch den bekannten „Fünf-Jahr-Plan" erzielten Fortschritte, mit besonderer Berücksichtigung der Schiffahrt. Was letztere anbetrifft, so ist der Plan von seiner Verwirklichung noch weit entfernt. Da sich die kommunistischen Seeleute nicht darüber einig werden konnten, wie sie die Verwirklichung beschleunigen sollten, so wurde nach längerer Debatte beschlossen, die Angelegenheit in einer Versammlung der Gesamtbesatzung vorzulegen. Diese Zusammenkunft fand zwei Tage später auf Deck statt. Nach Wahl des Vorsitzenden und des Schriftführers wurden alle Angelegenheiten, die Führung des Schiffes und Leben und Treiben an Bord betrafen, mit erfrischender Offenheit besprochen. So war ein Matrose betrunken an Bord gekommen. Die Versammlung setzte seine Strafe fest. Dann wurde man sich darüber einig, daß vom Topp aus besser Ausschau gehalten werden müßte. Die gesamte Besatzung sollte sich mehr für die Maschinen und für die Navigation interessieren, damit jedermann mit allem an Bord vertraut würde. Man wollte eine Schiffszeitung drucken, die ausschließlich aus Beiträgen der Besatzung bestehen sollte, eine Schiffskapelle gründen und an die Leitung der staatlichen Dampfergesellschaft mit dem Ersuchen herantreten, eine Bordbücherei einzurichten. Außerdem sollte jeder Mann täglich eine Stunde frei haben, um Sprachen und anderes zu lernen.

Man wird sich natürlich fragen: Wie vertragen sich solche Versammlungen und Beschlüsse der Mannschaft mit der Autorität der Offiziere, besonders des Kapitäns? Soviel ich beobachten konnte, ist die Sachlage an Bord folgende: Für jede Reise wird ein aus sechs Mitgliedern bestehender Schiffsausschuß gewählt. Im allgemeinen — doch ist dies nicht unbedingt erforderlich — gehört diesem Ausschuß ein Offizier an. Alle Beschlüsse und Vorschläge der Besatzungsversammlungen zerfallen in zwei Gruppen. Fragen allgemeiner Natur, darunter solche, die sich mit Geldausgaben beschäftigen, werden der staatlichen Schiffahrtsgesellschaft in Leningrad unterbreitet. Dagegen gehören Angelegenheiten, die sich nur mit den Ereignissen und Zuständen an Bord beschäftigen, zu dem Aufgabenbereich des Schiffsausschusses. Letzterer nimmt auch Beschwerden entgegen. Der Ausschuß setzt sich nun wegen aller solcher Fragen mit dem Kapitän in Verbindung. Wie mir gesagt wurde, entstehen hierbei selten Meinungsverschiedenheiten. Tritt dieser Fall doch einmal ein, so ist die Entscheidung des Kapitäns für den Rest der Fahrt maßgebend. Später freilich wird die Frage der Leitung der Schiffahrtsgesellschaft vorgetragen, und deren Urteil fällt — wie ich hörte — meistens zugunsten der Mannschaft aus.

Wenn Kapitän und Offiziere nicht im Dienst sind, so werden sie wie jedes andere Mitglied der Besatzung behandelt. Von Autorität bemerkt der Außenstehende nichts und von Respekt nur sehr wenig. Zwischen Offizieren und Mannschaft gibt es nur einen einzigen Unterschied: die Entlohnung. Der Matrose erhält durchschnittlich rund 160 Mark im Monat. Dazu sind 120 Mark für Verpflegung und Unterkunft zu rechnen. Der Kapitän bezieht — soviel ich erfahren konnte — dagegen rund 600 Mark monatlich.

Das tägliche Leben in Sowjetrußland.

Für den ersten Eindruck, den ich vom Straßenleben Leningrads erhielt, waren zwei Dinge maßgebend: die langen Schlangen der Wartenden und die verschlissene Armut. Die Schlangen fand ich überall, doch handelte es sich häufiger um Artikel, die in Sowjetrußland als Luxus gelten, als um Gegenstände des täglichen Bedarfs. So sah ich Schlangen vor Schuhgeschäften (Luxus!), Tabakläden und Fahrkartenschaltern stehen, weniger dagegen vor Bäckereien, Butterhandlungen und Schlachtereien. Brot und Fleisch sind nämlich rationiert. Jeder Russe — vorausgesetzt, daß er Arbeiter und nicht Angehöriger der als Parias behandelten Klassen ist — erhält von seiner Gewerkschaft eine Lebensmittelkarte, die ihn berechtigt, eine sehr beschränkte Menge Eßwaren zu einem bestimmten Preise zu kaufen. Ohne Karte kann man natürlich auch etwas erstehen, aber nur zu phantastisch hohen Preisen.

Die längste Schlange sah ich vor einem Fahrkartenschalter. Dort warteten schon Menschen, als ich um halb zwölf Uhr zu Bett ging. Dabei wurde der Schalter erst am nächsten Morgen um elf Uhr geöffnet. Alle Plätze in den Zügen müssen im voraus belegt werden, und wenn die große Masse der Arbeiter auf Urlaub fährt, sind nicht genug Sitze vorhanden. Deshalb die Schlangen. Erhält ein Arbeiter keine Platzkarte, so muß er es am nächsten Tage nochmals versuchen, aber inzwischen sind ihm vierundzwanzig Stunden von seinem Urlaub verloren gegangen. Ich lernte unter anderen einen Mann kennen, der achtundzwanzig Stunden lang nach Zigaretten Schlange gestanden hatte.

Im scharfen Gegensatz zum ruinenhaften Aussehen der Häuser steht die Vitalität der Menge. Junge Menschen herrschen vor. Ich weiß nicht, was in Rußland aus den alten Leuten geworden ist. Es sieht aus, als seien sie ausgemerzt. Die meisten Männer tragen Blusen, die Frauen haben keine Strümpfe. Doch trotz ihrer Jugend sind die Leute still und fast düster.

Vollkommene „Gleichheit" gibt es nicht einmal innerhalb der Kommunistischen Partei. Trotzdem ist der Prozeß der Ausgleichung tiefgehend genug gewesen. So erhält heute ein Fabrikarbeiter durchschnittlich 220 Mark im Monat, während sich ein Lehrer mit 180 bis 240 Mark begnügen muß. Den Mitgliedern der Kommunistischen Partei — und sollten diese auch die höchsten Regierungsposten bekleiden — ist es verboten, mehr als 600 Mark im Monat zu verdienen. Im Durchschnitt kann man das Jahreseinkommen großer Teile des Volkes auf 2600 bis 3000 Mark veranschlagen. Eine weitere Art der Ausgleichung ist jenes System, das in beschränktem Umfange die Preise für gewisse Lebensbedürfnisse dem Einkommen des Einzelnen anpaßt. So die Mieten. Ein Beamter, der 440 Mark im Monat erhält, erklärte mir, er müsse für das eine große Zimmer, das er im Hause eines früheren Adeligen bewohnte, 21 Mark Miete im Monat zahlen. Wenn er reicher wäre, müßte er aber tiefer in den Geldbeutel greifen, wenn ärmer, brauchte er wohl weniger zu zahlen, würde aber kaum einen verhältnismäßig noch so schönen Raum zugewiesen erhalten haben. In der Theorie erscheint dieses System natürlich wunderschön. Aber in der Praxis werden seine Vorteile durch die kaum glaubliche Wohnungsknappheit aufgehoben. Vom Fenster meines Moskauer Hotels aus konnte ich in den großen Raum im ersten Stock des gegenüberliegenden Hauses hinein sehen. Dort standen mindestens 150 Betten so eng nebeneinander, daß es mir vollkommen rätselhaft erschien, wie die betreffenden Leute hinein fanden. Dazu mußte dieses Kunststück täglich dreimal ausgeführt werden, da dort 450 Mann in drei Schichten schliefen.

(Schluß folgt.)